

# Die Friedenswelle 1980-1983 in Westeuropa am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **151 (1985)**

Heft 1

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-56378>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

werden. Besonders massiv wurden gemeinsam mit den kommunistischen Parteien des Westens folgende Kampagnen lanciert und durchgeführt:

1950/51 gegen die Schaffung der Bundeswehr in der BRD, Anti-Adenauer-Kampagnen;

1959/60 gegen die taktische Atombewaffnung der europäischen Natokräfte, Anti-NATO-Protestbewegung, Ostermärsche;

1970/73 Anti-Vietnam-Kampagne gegen das amerikanische Engagement in Vietnam; Goodwill-Kampagne für Brandts Ostverträge;

1980/84 Mitträger der Friedenskampagnen gegen den NATO-Doppel-Beschluss, Mitorganisation der grossen Friedensdemonstrationen in Bonn und in Bern 1981 und 1983, in der Schweiz durch die Ableger des WFR: die «Schweizerische Friedensbewegung».

---

## 4. Die Friedenswelle 1980–1983 in Westeuropa am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland

---

1977 kündigte der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt in einer berühmt gewordenen Rede eine neue Forderung an: Die neuen russischen eurostrategischen SS-20-Raketen seien in die Rüstungsbegrenzungsverhandlungen miteinzubeziehen. Da dies von Moskau strikte abgelehnt wurde, verabschiedeten am 12. Dezember 1979 die NATO-Partnerländer folgenden Doppelbeschluss:

– In einer ersten Phase sei mit der UdSSR über die Reduzierung der eurostrategischen Waffen zu verhandeln, und zwar bis Ende 1983.

– Sollten die Verhandlungen bis zum Herbst 1983 ohne Ergebnisse bleiben, würden die NATO-Partner 464 Cruise Missiles (Marschflugkörper) und 108 Pershing-Raketen stationieren.

Moskau reagierte und versuchte auf dem politischen Parkett, diesen Doppelbeschluss zu Fall zu bringen: Mit einer einmaligen Friedenskampagne und einem Basisaufstand der Massen sollte die politische Realisierung einer Nachrüstung in Europa verunmöglicht werden. Die Stationen dieser Bewegung seien stichwortartig erwähnt:

– **23. bis 27. September 1980:** Weltparlament der Völker für Frieden und Fortschritt in Sofia, veranstaltet vom Weltfriedensrat. Die 2260 Abgeordneten verabschiedeten das Aktionsprogramm 1981 mit folgender Zielsetzung:

«Dieses Programm ist bestrebt, 1981 zum Jahr der entscheidenden Offensive der Friedenskräfte und die 80er Jahre zum Jahrzehnt der neuen Siege für Frieden, Abrüstung und Entspannung, für nationale Unabhängigkeit, Gerechtigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt zu machen».

– **15. und 16. November 1980:** Das 1. Krefelder Forum (veranstaltet von der Deutschen Friedensunion, DFU) verabschiedet den Krefelder Appell.

Bereits am 4. Dezember 1979 hatten sich Vertreter des Direktoriums der DFU mit dem Direktorium der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) getroffen und gemeinsam die Bundesregierung aufgefordert, den Nachrüstungsplan abzulehnen. Die DFU und das «Sowjetische Friedenskomitee» hatten sich zugleich gegen die «Lüge von der Gefahr aus dem Osten» gewandt.

Die DFU verstand sich nur als Initiator des Krefelder Forums. Getreu den taktischen Bündnisgrundsätzen sollten sich möglichst breite Volkskreise gegen die Nachrüstung aussprechen mit Unterschriften und Volksbefragungen. Millionen unterschrieben in der Folge den Appell mit den zwei entscheidenden Untertiteln:

«Atomtod bedroht uns alle –

Keine Nachrüstung auf deutschem Boden»

– **4. April 1981:** Erste Anti-NATO-Demonstration in Bonn anlässlich der Tagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO. Aufgerufen dazu hatte das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ). Dieses Komitee war bereits 1974 als organisatorische Konsequenz des Moskauer «Weltfriedenskongresses» gegründet worden und koordinierte in den Folgejahren zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen. Sitz des KFAZ ist die Adresse des Pahl-Rugenstein-Verlags in Köln, der Mitglied der DKP-Nebenorganisation «Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verleger und Buchhändler» ist.

– **10. Oktober 1981:** Grossdemonstration mit über 300 000 Teilnehmern in Bonn gegen den NATO-Doppelbeschluss, bei der die zahlenmässig kleine DKP der BRD im organisatorischen Bereich massgebend die Fäden in der Hand hielt. Von den 15 deutschen Rednern der Auftaktveranstaltungen kamen mindestens sechs aus dem linksextremen

Bereich. Obwohl die Mehrzahl der Demonstranten aus echter Besorgnis sowohl gegen die Ost- als auch gegen die Westrüstung auf die Strasse gingen, war die Reaktion bezeichnend: Breschnew verkündete anderntags im Kreml, gestern hätten in Bonn 300 000 gegen die amerikanische Aggressionspolitik und den amerikanischen Imperialismus demonstriert.

– **Der «Heisse Herbst 1983»** mit zahlreichen Demonstrationen in Westdeutschland sollte die Ratifizierung des Stationierungsbeschlusses im Bundestag und den Beginn der Stationierung in der BRD verunmöglichen.

## 5. Das Übergreifen der neuen Welle auf die Schweiz

Mit der üblichen «helvetischen Verspätung» griff die neue Friedenswelle auch auf die Schweiz über. Auf Antrieb gelang es ihr, am **5. Dezember 1981** um die 20 000 Demonstranten nach Bern zu bringen. Die Öffentlichkeit war überrascht und suchte nach den Organisatoren. Getreu dem Beispiel in der BRD hatten sich die verschiedenen pazifistischen Gruppierungen zu einem Komitee für Frieden und Abrüstung (KFA) zusammenschlossen. Massgeblich beteiligt waren dabei die Schweizerische Friedensbewegung (SFB, Ableger des moskautreuen Weltfriedensrates), der Schwei-

zerische Friedensrat (SFR), der Christliche Friedensdienst (CFD), die Evangelische Uni-Gemeinde (EUG), die reformierte Heimstätte Gwatt, die Ofra (Organisation für die Sache der Frau), die PdA, die POCH, die SAP, die SPS und verschiedene 3.-Welt-Organisationen.

Am **5. November 1983** folgte die zweite Berner Demonstration, wiederum organisiert vom KFA 1983 (siehe Kästchen). Die Zahl der Teilnehmer wurde auf 20 000 bis 30 000 geschätzt.

Die verantwortlichen Organisatoren der Berner Friedensdemonstrationen:

KFA 1981  
SFB, SFR, CFD, EUG, Gwatt, Ofra,  
PdA, POCH, SAP, SPS, 3.-Welt-Org.

Friedensdemo 5.12.1981

KFA 1983  
SFB, SFR, CFD, DJS, FfdF, Ofra,  
PdA, POCH, SAP, SES, ZAK

Friedensdemo 5.11.1983

Quelle: «Zeitbild» Nr. 22 vom 2.11.83

### Abkürzungen

CFD	Christlicher Friedensdienst
DJS	Demokratische Juristen der Schweiz
EUG	Evangelische Uni-Gemeinde
FfdF	Frauen für den Frieden
FFF	Frauen für Frieden und Fortschritt
Gwatt	Tagungs- und Studienzentrum in der evangelischen Heimstätte
KFA	Komitee für Frieden und Abrüstung (CH) (in der BRD: KFAZ Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit)
Ofra	Organisation für die Sache der Frau
PdA	Partei der Arbeit
POCH	Progressive Organisationen der Schweiz
SAP	Sozialistische Arbeiter-Partei
SES	Schweizerische Evangelische Synode
SFB	Schweizerische Friedensbewegung
SFR	Schweizerischer Friedensrat
SPS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
ZAK	Zentral-Amerika-Komitee